

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuß**

(86. Sitzung)

## **Innen- und Rechtsausschuß**

(64. Sitzung)

## **Europaausschuß**

(28. Sitzung)

am Mittwoch, dem 9. September 1998, 14:00 Uhr  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses**

Lothar Hay (SPD) Vorsitzender

Uwe Döring (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

**Anwesende Abgeordnete des Innen- und Rechtsausschusses**

Heinz Maurus (CDU) Vorsitzender

Klaus-Peter Puls (SPD)

Jürgen Weber (SPD) in Vertretung des Abg. Bernd Saxe

Peter Zahn (SPD) in Vertretung der Abg. Ursula Kähler

Bernd Schröder (SPD)

Thorsten Geißler (CDU)

**Anwesende Abgeordnete des Europaausschusses**

Abg. Uwe Döring (SPD) Vorsitzender

Abg. Claus Ehlers (CDU)

Abg. Jost de Jager (CDU)

**Weitere Anwesende**

siehe Anlage

**Tagesordnung:****Seite**

1. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung des Gebäudemanagement Schleswig-Holstein**  
  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/1525
- b) **Einrichtung einer Zentralen Beschaffungs- und Servicestelle (ZBS) und Erlaß einer Landesbeschaffungsordnung**  
  
Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/696
- c) **Strukturreform in den Ministerien für Finanzen, Soziales und Justiz**  
  
Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/697
- d) **Entwurf eines Gesetzes zur Überleitung der Landesbauverwaltung in eine private Rechts- und Organisationsform**  
  
Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/698
2. a) **Lübecker Hafen in den Bund-Länder-Finanzausgleich**  
  
Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/147
- b) **Resolution zur Regierungserklärung „Starke Länder in Deutschland - Basis eines zusammenhängenden Europas**  
  
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1389
3. a) **Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1998 bis 2002**  
  
Drucksache 14/1628

b) **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1999** **5**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/1590

hierzu: Umdruck 14/2231

- **Einzelplan 09**
- **Kapitel 1209**

4. **Verschiedenes** **8**

Der Vorsitzende, Abg. Lothar Hay, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt. Beraten wird Punkt 3 b der Tagesordnung.

Punkt 3 b) der Tagesordnung:

### **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1999**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/1590

Einzelplan 09  
Kapitel 1209

Zunächst gibt M Gerd Walter einen kurzen Überblick über die Schwerpunkte des Einzelplanes 09 mit dem Schwergewicht auf den Bereich der Justiz. Er nennt folgende Stichworte:

- Extreme Versteinerung im Justizbereich mit negativen Haushaltsauswirkungen in einigen sich ändernden Bereichen, die nur äußerst begrenzt beeinflussbar seien;
- steigende Auslagen bei den Rechtssachen;
- im Bereich der Einnahmen erste Anzeichen einer gewissen Stabilisierung auf allerdings niedrigerem Niveau;
- Auswirkungen neuer beziehungsweise bestehender alter Leistungsgesetze mit hoher Kostendynamik;
- eine mit nur in Ausnahmen festzustellende anhaltende hohe Belastung in der Gerichtsbarkeit;
- hoher Investitionsbedarf bei der Gebäudesubstanz im Vollzugsbereich einschließlich sicherheitstechnischer Nachrüstungsnotwendigkeiten;
- Verstärkung der Staatsanwaltschaften im Bereich der Korruption.

In der sich anschließenden Diskussion liegt der Schwerpunkt zunächst auf den Stellenplänen. Es wird über die personellen Auswirkungen der neuen Insolvenzordnung diskutiert, wobei

nach Darstellung von M Gerd Walter erste Schätzungen gemacht worden seien, deren Aussagen aber noch sehr spekulativ seien.

Abg. Wolfgang Kubicki fordert angesichts ausgewiesener aber nicht besetzter Planstellen im Sinne der Haushaltsklarheit und -wahrheit eine generelle Stellenplandebatte.

Abg. Monika Heinold geht von einer kontinuierlichen Bereinigung der Stellenpläne aus.

St Wulf Jöhnk erläutert die Überlegungen, die bei der Verstärkung der Staatsanwaltschaften um die zwei Stellen für die Korruptionsbekämpfung im Rahmen der Personalkostenbudgetierung angestellt worden sind. MDgt Günther Rohs ergänzt, daß in den Stellenplänen generell immer eine Ist-Veranschlagung stattfindet und der Stellenplan als Obergrenze gesehen werden müsse. Er betont, daß vom Finanzministerium immer Wert auf eine Stellenplanbereinigung gelegt werde, wie sie von Abg. Monika Heinold angemahnt worden sei.

Nach einem weiteren Meinungsaustausch über die Handhabung der Stellenpläne folgt der Ausschuß dem Vorschlag des Vorsitzenden, in seiner Sitzung am Donnerstag, dem 24. September, anhand des Umdrucks 14/2305 das Thema Stellenplan unter dem Aspekt „Anzahl von Stellen im Stellenplan und tatsächliche Besetzung“ vertieft zu behandeln.

Abg. Thorsten Geißler möchte für diese Beratung auch einen Bericht über die Belastung der Strafkammern in den Landgerichten Kiel und Lübeck erhalten.

Abg. Wolfgang Kubicki erbittet - wie bereits bei den Beratungen des Einzelplanes 04 angesprochen - die Wirtschaftlichkeitsberechnung, die dem Schließungsbeschluß des Amtsgerichts Bad Bramstedt zugrunde liegt. Dieser Bitte schließt sich Abg. Thorsten Geißler an, der an den Übernahmegerichten erheblichen Raumvorrat vermutet, wenn dort alle Mitarbeiter des Bad Bramstedter Amtsgerichts ohne größere Umbaumaßnahmen untergebracht werden könnten.

Abg. Thomas Stritzl befürchtet langfristig weitere Schließungen von Amtsgerichten wie beispielsweise des Amtsgerichts Kappeln.

Abg. Monika Heinold fordert eine ausführliche Debatte im Innen- und Rechtsausschuß im Rahmen der generellen Funktionalreform über die Neuschneidung der Gerichtsbezirke. Die Schließung des Bad Bramstedter Amtsgerichts dürfe nicht nur unter finanziellen Gesichtspunkten diskutiert werden.

M Gerd Walter betont in seiner Entgegnung, daß es im Justizministerium keine Überlegungen zur Schließung weiterer Amtsgericht in Schleswig-Holstein gebe. Er verweist gleichzeitig auf die vor einiger Zeit bundesweit geführte Diskussion über die Dreistufigkeit der Gerichtsorganisation und teilt mit, daß damals in Schleswig-Holstein eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen worden sei, die ein entsprechendes Organisationsmodell erarbeitet habe. Darin finde sich auch eine Organisationsüberlegung zu den Eingangsgerichten, die drei oder vier Amtsgerichte in Schleswig-Holstein tangieren würde, wenn es zu einer solchen bundesrechtlichen Regelung käme. Diese werde zur Zeit jedoch nicht mehr diskutiert. Insofern gebe es auch keine konkreten Pläne des Justizministeriums für einen solchen Fall.

Als weiteren Aspekt im Justizbereich wird die Verstärkung der Sicherheitseinrichtungen in den Justizvollzugsanstalten angesprochen. M Gerd Walter bezeichnet es als Maxime, im Rahmen einer vernünftigen Finanzierbarkeit keine offenkundigen sicherheitstechnischen Wünsche offenzulassen.

Abg. Thorsten Geißler erbittet Informationen über die Ergebnisse der Einführung von MEGA und MESTA. Des weiteren will er die Gründe für die Aufstockung des Titels Seite 34, 0903-642 01, Zuweisungen an andere Länder für den Vollzug von Freiheitsentziehung in Anstalten anderer Verwaltungen. M Gerd Walter verweist auf die mit Hamburg geschlossene gegenseitige Abmachung zur Aufrechnung von Hafttagen.

Nächster Debattenschwerpunkt ist die bundesrechtlich vorgegebene Schaffung einer sozialtherapeutischen Anstalt für Sexualtäter. Abg. Wolfgang Kubicki vermißt eine entsprechende Veranschlagung im Einzelplan und vermutet, daß die Schließung des Amtsgerichts Bad Bramstedt als Gegenfinanzierung für diese Anstalt vorgesehen sei. So sei es auch der Presse zu entnehmen.

M Gerd Walter spricht von Vorstellungen dahin, die sozialtherapeutische Station, die in fünf Jahren fällig sein werde, im Wege eines Umbaus und eines Neubaus im Rahmen der Justizvollzugsanstalt in Lübeck zu realisieren. Er stellt Überlegungen an, ob in Zukunft auch die Finanzierung durch private Investoren im Vollzug angesichts der zu erwartenden finanziellen Größenordnungen geprüft werden sollte.

Von Abg. Wolfgang Kubicki und Abg. Thorsten Geißler werden aufgrund der diskutierten Finanzierungsmodalitäten Fragen zu den Schwierigkeiten bei der Abschiebehafte gestellt. M Gerd Walter schildert die Überlegungen, die zur Zeit sowohl für die Unterbringung der Abschiebehäftlinge in der Jugendarrestanstalt in Rendsburg als auch für die alternative Unterbrin-

gung der Jugendarrestanstalt angestellt würden. Wo immer man in Schleswig-Holstein über diese Fragen diskutiere, stoße man unabhängig von der politischen Einstellung auf „unerhörte“ Einwände. Hier sollten alle politisch Verantwortlichen mithelfen, die Bürger zu überzeugen, daß gemeinschaftliche Leistungen auch gemeinschaftlich zu tragen seien.

Der Vorsitzende schließt diesen Diskussionspunkt mit der Anregung, dieses Thema im zuständigen Fachausschuß weiter zu vertiefen.

Zu Kapitel 0907, Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein in Bonn, beantwortet M Gerd Walter eine Frage von Abg. Jost de Jager nach den Vorstellungen des Ministeriums über die Arbeit des vorgesehenen Eine-Welt-Beirates dahin, daß die Bildung eines separaten Beirates nicht vorgesehen sei. Dies habe er bereits in einer Sitzung des Europaausschusses festgestellt. Es gehe vielmehr um die Frage, inwieweit der Aspekt der Eine-Welt-Politik in der Arbeitsgruppe, die unter der Federführung des Umweltministers für die Umsetzung des Agenda-21-Prozesses zuständig sei, in Zukunft als gemeinschaftlich arbeitende Gruppe stärker zur Geltung gebracht werden könnte. Damit wäre dann der Minister für Umweltfragen zuständig.

Eine Parallelität zum Bündnis der entwicklungspolitischen Initiativen sehe er in dieser Konstruktion nicht. Denn bei diesen Initiativen gehe es darum, die vorhandenen Gruppen, die entwicklungspolitische praktische Arbeit leisteten, zu vernetzen, während bei der Frage des Eine-Welt-Beirates es darum gehe, den Querschnittaspekt der Eine-Welt-Politik in der Landespolitik zum Tragen zu bringen.

Weitere Themen werden nicht angesprochen. Zu Kapitel 1209 besteht kein Diskussionsbedarf. Den Umdruck 14/2214 nimmt der Ausschuß ohne Diskussion zur Kenntnis. Zu Punkt Verschiedenes liegt nichts vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 15:05 Uhr

gez. Lothar Hay  
Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haab  
Protokollführerin